

Ex-Bundesrichter klärt Vorwürfe ab

Der Berner Gemeinderat lässt die Amtsführung von **Stadtschreiberin Irène Maeder Marsili** untersuchen. Er reagiert damit auf die erhobenen Vorwürfe ehemaliger Mitarbeiterinnen der Stadtkanzlei.

ADRIAN ZURBRIGGEN

Äusserst kurzfristig lud der Gemeinderat gestern Nachmittag zur Medienkonferenz: Die Einladung flatterte gerade mal eine Stunde vor Beginn in die Redaktionen. Die Sache war also dringend – dies, obschon die Vorwürfe gegen Stadtschreiberin Irène Maeder Marsili keineswegs neu sind, wie Berns Stadtpräsident Alexander Tschäppät einräumte. Allerdings konkretisierte diese Zeitung letzten Dienstag mit einer Fülle von Dokumenten die Kritik an der Amtsführung Maeders und insbesondere die Mobbingvorwürfe dermassen, dass sich der Gemeinderat zu sofortigem Handeln gezwungen sah. «Schliesslich tragen wir die Verantwortung gegenüber unserem Personal», sagte der Stadtpräsident. «Diese Vorwürfe stören die Arbeit in der Stadtverwaltung erheblich», ergänzte Barbara Hayoz als oberste Personalchefin der Stadt.

Professor untersucht

Der Gemeinderat beschloss darum nach «langer und intensiver Diskussion» einstimmig, eine Untersuchung einzuleiten und betraute damit Hans Peter Walter. Walter ist Professor für Privat- und Wirtschaftsrecht an der Universität Bern und ehemaliger Bundesrichter mit FDP-Parteibuch. Die Untersuchung soll einerseits die drei in dieser Zeitung erwähnten Fälle aufklären, andererseits die schon länger angeprangerte hohe Fluktuation in der Stadtkanzlei unter die Lupe nehmen. Letzteres seltensamerweise nur innerhalb der aktuellen Legislatur.

Von den drei Fällen sind zwei im letzten Jahr mit einvernehmlichen Lösungen abgeschlossen worden. Einer ehemaligen Mitarbeiterin, welche 16 Monate krankheitsbedingt ausfiel, gewährte die Stadt dabei eine Abgangschädigung von 66 110 Franken.

Der dritte Fall ist noch hängig: Eine weiterhin angestellte, aber seit über einem Jahr krankgeschriebene Mitarbeiterin hat eine Aufsichtsbeschwerde gegen ihre direkte Vorgesetzte eingereicht. Diese wurde nun auf die Stadtschreiberin ausgeweitet.

Keine Auskunftspflicht

«Die Öffentlichkeit hat ein Recht zu wissen, was an den Vorwürfen dran ist», sagte Tschäppät. «Und auch Irène Maeder hat Anspruch darauf, dass die Fakten auf den Tisch kommen.» Hayoz präzisierte, dass sich die Untersuchung nicht gegen Maeder richte: «Gegenstand sind die anonymen Vorwürfe.» Die Untersuchung sei weder Disziplinarverfahren noch Aufsichtsbeschwerde.

Auf Grund dessen kann niemand zur Aussage gezwungen werden: Keine aktuellen Mitarbeitenden der Stadtverwaltung,



Erklärungsbedarf: Stadtpräsident Alexander Tschäppät und Gemeinderätin Barbara Hayoz stellten sich im Erlacherhof den Medien.
Bild: Urs Baumann

«Die Untersuchung dauert zu lange»

jsp. Berns Politiker fordern eine schnellere Aufklärung der Vorwürfe gegen Stadtschreiberin Irène Maeder Marsili. SVP-Präsident Beat Schori, der gestern in dieser Zeitung die sofortige Freistellung der Stadtschreiberin forderte, will, dass Irène Maeder Marsili zumindest bis zum Abschluss der Untersuchung suspendiert wird. «Nur so können die Angestellten ohne Repression befragt werden», argumentiert er. Es gehe doch nicht, dass die Stadtschreiberin während der Untersuchung im Erlacherhof sei. Für ihn dauern die Abklärungen viel zu lange: «Das Resultat muss spätestens Ende Mai vorliegen», fordert er.

Auch GFL-Stadtrat Ueli Stü-

ckelberger kritisiert die Dauer der Abklärungen. «Die Untersuchungen sollen Ende Juni fertig sein.» Er finde es gut, dass diese Ermittlungen extern durchgeführt würden. «Immerhin gibt der Gemeinderat zu, dass Erklärungsbedarf besteht», sagt Stückelberger. Er forderte gestern in dieser Zeitung, dass der Gemeinderat die BAK des Stadtrates umfassend informiert.

Philippe Müller, der eine Dringliche Interpellation im Berner Stadtrat eingereicht hat, ist erstaunt, dass diese Untersuchung erst jetzt kommt. «Offenbar war der Druck der Medien nötig, um diese Abklärungen durchzuführen», sagt der FDP-Stadtrat. Der Gemeinderat be-

stätige mit der Untersuchung, dass Probleme in der Stadtkanzlei bestehen.

«Die Stimmung im Erlacherhof ist bereits seit fünf Jahren schlimm und nicht erst seit den Medienberichten der letzten Wochen», meint Müller. «Der Gemeinderat hätte diese Untersuchung schon längst einleiten müssen.» Er hofft, dass der Gemeinderat – trotz der laufenden Abklärungen – die Fragen seiner Dringlichen Interpellation beantworten wird. «Hoffentlich dient die Untersuchung jetzt nicht primär dazu, sich weiter vor Aussagen zu drücken», sagt er.

Der Freisinnige Stadtrat Philippe Müller vermutet: «Diese Untersuchung bekommt jetzt

einen Verwedelungseffekt.» Bei der Beantwortung seiner Fragen könne der Berner Gemeinderat nun sagen, er werde bis zum Abschluss der Untersuchung keine Stellung mehr beziehen.

Müller kritisiert denn auch die Personalführung im Erlacherhof der letzten Jahre: «Personalführung ist die ureigentliche Führungsfunktion, die darf man nicht schlittern lassen, den Kopf vor Problemen in den Sand stecken und dann das Ganze an ein Untersuchungsgremium abdelegieren.» Und: «Das ist keine Führung, sondern eine eklatante Führungsschwäche der rotgrünen Mehrheit und ihres Bosses.»

aber auch nicht jene ehemaligen Mitarbeiterinnen, welche mit ihren anonymen Vorwürfen in dieser Zeitung die Untersuchung ins Rollen gebracht haben. Diese «Quellen» würden vom städtischen Personalamt dahingehend informiert, sagte Hayoz.

Ans Amtsgeheimnis gebunden

Der Gemeinderat sei ebenfalls weiterhin ans Amtsgeheimnis gebunden, erklärte Tschäppät. Die Untersuchung steht und fällt also mit der Auskunftsfreudigkeit aktueller und früherer Mitarbeitenden im Erlacherhof.

Bericht bis Ende Juli

Professor Hans Peter Walter wird bis Ende Juli einen Bericht an den Gemeinderat verfassen – «die Regierung überlegt sich dann die Konsequenzen», sagte Hayoz. Selbstverständlich gelte die Unschuldsvermutung. Deshalb werde Maeder weiterhin als Berner Stadtschreiberin amten. Wie bereits vor einem Monat bekannt wurde, geht Maeder Ende Jahr frühzeitig in Pension.

***** Mit dem gestrigen Beschluss gewinnt Alexander Tschäppät vorerst ein bisschen Luft. Denn die Missstände im Erlacherhof sind ihm eine schwere politische Hypothek geworden. Dass er lange gezaudert und die Stadtschreiberin stets verteidigt hat, beruht auf menschlich nachvollziehbarer, aber möglicherweise fataler Loyalität: Irène Maeder und Tschäppät sind seit gemeinsamen Uni-Tagen vor dreissig Jahren befreundet.

Ob Tschäppät gestern mehr als nur etwas Luft gewonnen hat, wird sich nach Abschluss der Untersuchung zeigen. Gut möglich, dass sein ganz persönlicher Entscheid zwischen politischer Glaubwürdigkeit und menschlicher Loyalität bloss vertagt ist. In dem Fall wäre das Leiden des Personals unnötig verlängert worden. Der gestrige Befreiungsschlag könnte zum Bumerang werden. Adrian Zurbriggen

Der Fahrplan für schnellere Züge

Der Bundesrat schickt die Pläne für weitere Grossprojekte im **Bahnverkehr** in die Vernehmlassung. Aus Kostengründen sind sie kleiner ausgefallen als geplant. Grund ist die Kostenentwicklung bei der Neat.

BRIGITTE WALSER A

Im Fonds zur Finanzierung des öffentlichen Verkehrs liegen 30,5 Milliarden Franken. Über die Hälfte – zwischen 18,1 und 18,8 Milliarden – wird für die Neat gebraucht. Bezahlt wurden damit auch die 1. Etappe Bahn 2000, die Lärmsanierung und die Hochgeschwindigkeitsanschlüsse. Es bleiben für weitere Projekte noch rund 5 Milliarden übrig. Gestern hat der Bundesrat den damit geplanten Ausbau des Bahnnetzes in die Vernehmlassung geschickt. Er schlägt vor, diesen unter dem Titel Zukünftige Entwicklung der Bahninfrastruktur (ZEB) gesetzlich festzulegen und zu finanzieren.

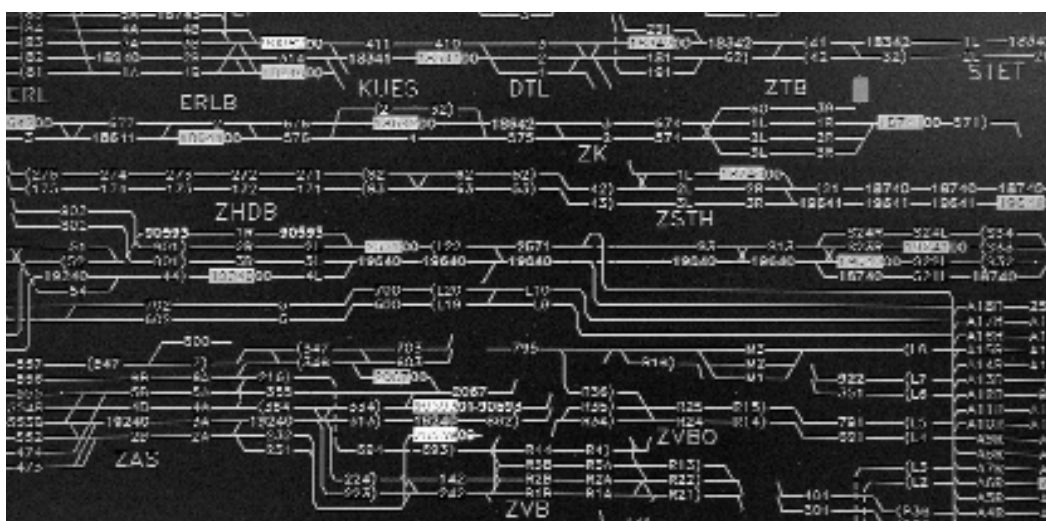
ZEB soll das Bahnangebot in allen Landesteilen bis ins Jahr 2030 verbessern. Das bereits vor einem Jahr vorgestellte Projekt wurde seither vertieft und verbessert. Die Reisezeit zwischen

Ost- und Westschweiz soll kürzer werden, und neue Bahnknoten unter anderem in Biel, Interlaken, Lausanne und Luzern sollen kürzere Umsteigezeiten und bessere Anschlüsse garantieren. Zwischen Lausanne und Bern sowie zwischen Bern und Interlaken soll die Fahrzeit verkürzt werden. Auch für den Güterverkehr sind Verbesserungen geplant.

Grosse Projekte verschoben

Im Raum Westschweiz/Mittelland/Nordwestschweiz sollen knapp 3 Milliarden Franken investiert werden. Für Zürich und die Ostschweiz ist 1 Milliarde vorgesehen, und im Raum Gotthard sowie zwischen Zürich und Luzern sind es rund 800 Millionen Franken.

Die einst geplanten grossen Würfe im Bahnverkehr wurden gestrichen oder zumindest zurückgestellt. So etwa der Vollausbau des Lötschbergtunnels, der Bau des Wisenberg-, des Zimmerberg- und des zweiten Heitersbergtunnels. Damit entfällt auch der Viertelstundentakt zwischen Zürich und Bern. Das von der Westschweiz geforderte dritte Gleis am Genfersee wird nicht gebaut. «Es gibt zwischen Lausanne und Genf Engpässe», gab Bundesrat Moritz Leuenberger an der gestrigen Medienkonferenz zu. «Aber diese können wir mit anderen Mitteln entschärfen.»



Bessere Anschlüsse, mehr Knotenpunkte. Die Fahrpläne sollen bis 2030 dichter werden. Doch nicht alle wollen so lange warten.
Bild: Alain D. Bollat/SBB

«Das Geld muss schneller fliessen»

bw. Der Kanton Bern profitiert von ZEB. Einerseits verkürzen sich die Fahrzeiten von Bern nach Lausanne, von Biel nach Basel und nach Zürich.

Andererseits entstehen Knoten mit besseren Anschlüssen in Biel und Interlaken, so dass die touristische Region Berner Oberland besser erschlossen wird (wir berichteten). Die Station Wylerfeld wird so ausgebaut,

dass Züge besser kreuzen können. Im Gürbetal ist ein Spurenausbau geplant, um den Güterverkehr Richtung Lötschberg zu optimieren, zwischen Thun und Bern ist ebenfalls Massnahmen geplant. «Wir sind mit ZEB einverstanden bis auf einen Punkt», sagte Regierungsrätin Barbara Egger gestern auf Anfrage. In der Planung fehle der Ligerztunnel am Jurafuss. «Der

Bau dieses Tunnels ist uns seit 25 Jahren ein Anliegen.» Zudem fordert Barbara Egger, dass die Gelder für den geplanten Ausbau schneller fliessen. «Wir können nicht mehr so lange warten.» Gerade die Entflechtung im Wylerfeld sei ein dringendes Anliegen. «Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass dieser Ausbau über den Infrastrukturfonds finanziert wird.»

Die zuständige Regierungsratskonferenz der Kantone begrüss den Entscheid des Bundesrates, ZEB in die Vernehmlassung zu schicken. Allerdings stünden wegen der Kostenüberschreitungen bei der Neat nur noch die Hälfte der vom Volk 1998 bewilligten Mittel zur Verfügung. Je nach Kostenentwicklung der Neat müsse der Betrag noch angepasst werden, sagte Bundesrat Leuenberger. Bis zur Verabschiedung der Botschaft im Herbst werde klar sein, wie viel die Neat koste.

«Von der Neat trennen»

Die Regierungsratskonferenz unter dem Präsidium der Berner Regierungsrätin Barbara Egger verlangt, dass die Neat-Probleme von ZEB getrennt werden. Dies fordert auch der Verband öffentlicher Verkehr (VÖV): «Die Mittel für ZEB müssen unabhängig von der Entwicklung der Neat-Kosten zur Verfügung stehen», schreibt der Verband. Schliesslich wäre auch «niemand auf die Idee gekommen, wegen der hohen Kosten der Gotthard-Autobahn auf die Fertigstellung des Autobahnnetzes im Mittelland zu verzichten», argumentiert der VÖV. Er werde sich zudem dafür einsetzen, «dass die dringend nötigen Ausbauten schneller realisiert werden können.»